

Thesen MES Tagung 2024

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA

„Faschismusgefahr und AfD“

1. Es ist auf den ersten Blick verblüffend, eine Tagung durchführen zu müssen, bei der wir uns als Marxisten mit der Frage beschäftigen, ob es gegenwärtig eine Faschismus-Gefahr gibt und welche Rolle die AfD in diesem Rahmen spielt. Eigentlich dürfte durch die alltägliche Praxis der Partei und insbesondere ihrer jetzt hegemonialen ideologische Strömung um Björn Höcke, aber auch in Person vieler Landtags- und Bundestagsabgeordneter dieser Zusammenhang unstrittig sein. Sie ist längst mehr als eine rechtspopulistische Partei mit extremistischen „Einsprengseln“. Selbst ein bundesdeutsches Gericht urteilte vor einigen Monaten, dass der Slogan „Höcke ist ein Nazi“ eine Tatsachen gestützte politische Meinungsäußerung sei, die weder verboten, noch als „üble Nachrede“ strafbar ist. Das Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster lief zwar zum Zeitpunkt der Thesenformulierung noch, die vorliegenden Belege ermöglichen jedoch die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ und damit als Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.
Nebenbemerkung: Wir müssen uns an dieser Stelle nicht über die politische Funktion des Verfassungsschutzes in diesem System unterhalten. Wichtig ist an dieser Stelle nur, dass selbst aus der Sicht der Herrschenden die AfD die Grenze zum offenen Faschismus deutlich überschritten hat.
2. Wir könnten es uns natürlich einfach machen und – ausgehend von den historischen Erfahrungen darauf verweisen, dass der Faschismus an die Macht gebracht immer Ausdruck einer krisenhaften Situation in der Gesellschaft gewesen ist, in der die politisch und ökonomischen Eliten den faschistischen Ausweg als – in ihrem Sinne – letzte Konsequenz gesehen hatten. Diese italienische und deutsche Erfahrung hat sich in verschiedenen anderen Ländern in den folgenden Jahren mehrfach bestätigt, so dass es als Gesetzmäßigkeit der politischen Entwicklung verstanden werden kann. Diese Gesetzmäßigkeit – und das ist tatsächlich marxistische Analyse – bedeutet jedoch keinen Mechanismus, der „zwangsläufig“ folgt, sondern eine Analyse der Optionen der Herrschenden im Krisenausweg. Das bedeutet, die Losung der Studentenbewegung von 1968 „Kapitalismus führt zu Faschismus, Kapitalismus muss weg!“ klingt in ihrer Radikalität zwar verlockend, blendet aber aus, dass es im Sinne der Aufrechterhaltung und der Funktionalität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in keiner Weise zwingend des Faschismus bedarf, der zwar zur Profitrealisierung günstige Bedingungen bereitstellt, aber dennoch nicht der einzige – und noch nicht einmal favorisierte – Ausweg aus der Krise darstellt. Auch die – in den 1980er Jahren vom damaligen „Kommunistischen Bund“ in seiner „Repressionskampagne“ – angeprangerte „Faschisierung bundesrepublikanischer Politik“ schien zwar ein geschlossenes Erklärungsmuster für die Einschränkung demokratischer Freiheiten im Inneren und eine aggressivere Außenpolitik gegenüber den damaligen sozialistischen Ländern zu liefern, konnte aber nicht erklären, wo der qualitative Unterschied zwischen der bundesdeutschen Gesellschaft und einer faschistischen Herrschaft lag.
3. Wenn die Aussage richtig ist, dass die Errichtung des Faschismus im Sinne eines Krisenauswegs der Herrschenden ist, dann müssen wir logischerweise einen Blick auf die aktuelle Krisenlage richten und die Frage stellen, ob ein faschistischer Ausweg zwingend ist. Die Wurzeln der erkennbaren politischen Rechtsentwicklung

finden sich in den multiplen Krisen der Welt (von Finanzkrise, Probleme Gesundheitssicherung in Zeiten der Pandemie, Kriege in den verschiedenen Teilen der Welt, Klima-Krise). Krisenlösungsstrategien der Herrschenden haben in der Regel zwei Funktionen, erstens die Funktionstüchtigkeit des Systems der gesellschaftlichen Ausbeutung zu sichern, d.h. die Profitmaximierung zu garantieren –, zweitens eine Destabilisierung des Herrschaftssystems mit unterschiedlichen Mitteln zu verhindern. Dabei ist ein reaktionärer Staatsumbau nicht unbedingt der funktionalste, aber unter Bedingungen der eigenen Verunsicherung der – scheinbar – effektivste Schritt. Doch weder im Handeln der gegenwärtigen Ampel-Regierung noch vorher in der Großen Koalition ist ein zielgerichtetes Handeln in diese Richtung sichtbar.

4.

Welche Funktion hat unter diesen Voraussetzungen eine faschistische Partei bzw. Bewegung? Niemand wird widersprechen, dass auf der Ebene der realen Machtausübung die AfD aktuell nicht benötigt wird.

Das ist im Übrigen ein Unterschied zu Italien, wo exakt die faschistische Partei der „Fratelli d'Italia“ das Krisenprogramm der wirtschaftlichen und politischen Eliten umsetzt, die Vorgabe der europäischen Eliten nach Abschottung und Stopp der unregulierten Zuwanderung durchsetzt und mit ihrem Angriff auf das immer noch stark im italienische Alltagsbewusstsein verankerte Verständnis von Antifaschismus hier eine ideologische Bresche im Sinne von gesellschaftlicher Umorientierung schlagen soll.

Die AfD hat in diesem Zusammenhang eine andere Funktion. Es geht um politische „Integration“. Krisen haben Auswirkungen auf das Denken der Menschen mit dem Ergebnis, dass diejenigen, die zwar mitten im beruflichen Leben stehen, aber nicht über ein gefestigtes politisches Bewusstsein verfügen, massiv verunsichert sind und sich in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht fühlen. Sie lassen sich von einfachen Antworten, die von rassistischen Feindbildern bis simplen dichotomischen Weltbildern („die da oben, ich hier unten“) oder Verlustängsten und „Missachtung“ („Wessis und Ossis“) geprägt sind, veranlassen, für extrem rechte Auswege zu stimmen, wenn sie denn überhaupt noch bereit sind, sich an Wahlen zu beteiligen („Parteien-Verdrossenheit“). Dabei sind es nicht in erster Linie die gesellschaftlich Marginalisierten und Abgehängten, die solche extrem rechten „Alternativen“ unterstützen, sondern die, die Angst davor haben, abgehängt zu werden. Zweitens verschiebt die AfD mit ihren öffentlichen (medialen) Auftritten die „Grenze des Sagbaren“ massiv nach rechts und ermöglicht es so den anderen bürgerlichen Parteien, rechte Positionen als im „demokratischen Konsens“ befindlich zu deklarieren.

5. Aus dieser Überlegung muss sich eine Strategie im Umgang mit der AfD ableiten. Die AfD stellt in ihrer Programmatik und Propaganda die Speerspitze der extrem rechten (rassistischen, völkischen, antidemokratischen) Kräfte dar, sie plädiert in aller Offenheit für eine Veränderung der demokratisch verfassten bundesdeutschen Gesellschaft, eine rassistische Ausrichtung und neoliberale Zurichtung in zugespitzter Form.

Im Handeln gegen die AfD bekämpft man nicht allein dieses politische Konzept, sondern die gesellschaftliche Verengung der Räume für AfD-Propaganda ist gleichzeitig ein Schritt, die hiermit angegriffenen Freiheiten und erkämpften sozialen Rechte nicht allein der Arbeiterbewegung zu verteidigen. Mit dieser Strategie ist es möglich, gesellschaftliche Bündnispartner, die ebenfalls diese Freiheiten und Rechte verteidigen wollen, in gemeinsame Kämpfe einzubinden und damit – hoffentlich erfolgreich – den Abbau dieser Freiheiten und Rechte zu bremsen, selbst wenn dies nicht von der AfD, sondern von den gegenwärtig Regierenden betrieben wird.

6. Manche Regierenden und viele uns wichtige gesellschaftliche Kräfte (insbesondere die Gewerkschaften, aber auch die großen Sozialverbände) positionieren sich in Erklärungen – und teilweise auch im alltäglichen Handeln – gegen die Ziele der AfD. Aus antifaschistischer Perspektive ist es geboten, diese Widersprüche mit der extremen Rechten aufzugreifen und in praktisches bündnispolitisches Handeln zu führen.

Welche Möglichkeiten sich in dieser Hinsicht ergeben, zeigt die politische Massenbewegung gegen Rechts, die in diesem Frühjahr in über 1.500 Städten und Ortschaften über vier Millionen Menschen mobilisiert hat.

Es wäre keine marxistische Bündnispolitik, diesen Partnern erst einmal zu erklären, wie man als Linker die Welt sieht, bevor man mit Gewerkschaftern und anderen gegen die extreme Rechte und die von ihr propagierten Ziele agiert. Es ist – umgekehrt – ein verantwortliches Handeln von Marxisten, wenn man zuerst die Menschen und Organisationen gegen die politische Bedrohung in Bewegung setzt und im Prozess des gemeinsamen Handelns ideologische Vorbehalte und mögliche politische Unterschiede diskutiert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne an Karl Marx, der in seinem Brief an Wilhelm Bracke 1875 unterstrichen hat, „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“.

7. Aus dieser Überlegung sollte sich auch der Umgang mit der angesprochenen Massenbewegung ableiten. Es ist keine neue Erkenntnis, dass diese Aktionen und Kundgebungen sehr heterogen sind. Die überwiegende Mehrzahl der Kundgebungen wurde nicht von den „üblichen Verdächtigen“ organisiert und initiiert. Unter den vier Millionen Teilnehmenden waren sehr viele, die seit Jahren nicht an solchen demonstrativen öffentlichen Aktionen teilgenommen haben und die teilweise in Regionen öffentlich auf die Straße gegangen sind, in der die rassistische und völkische Rechte mit „Montagsdemonstrationen“ oder Aufmärschen gegen Flüchtlingsheimen ideologisch dominant ist.

Auf diese Aktionen gilt es im Sinne einer politischen Aufklärungsarbeit zu reagieren. Menschen wollen erkennbar handeln. Sie gehen nicht für die „Ampel“ auf die Straße, auch wenn Regierungspolitiker immer wieder versuchen, auf diese Aktionen Einfluss zu gewinnen. Diesen Menschen müssen Angebote gemacht werden, weil sie ansonsten weiterhin allein dem medialen Mainstream, der sich als publizistische Legitimation der Regierenden geriert, ausgeliefert sind.

8. Ausgehend von den Erfahrungen dieser Massenbewegung und dem vorher Gesagten ergibt sich für mich die klare Notwendigkeit, einen politischen Schwerpunkt im Kampf gegen die Rechtsentwicklung in unserem Land auf die Bekämpfung der AfD zu legen.

Ob man dabei ein Verbot der AfD als politische Handlungsoption befürwortet oder aus verfassungsrechtlichen Überlegungen nicht unterstützt, ist weniger bedeutend. Wichtig ist, dass alle Politikansätze, die mit der Programmatik der AfD verbunden sind, öffentlich kritisiert und bekämpft werden. Und dazu bedarf es ideologischer Anstrengungen, die Demagogie der AfD und das falsche Bewusstsein von Teilen der Bevölkerung durch politische Aufklärungsarbeit zu bekämpfen. Vier Beispiele:

Als Bauern gegen die Zumutungen der Ampelregierung bezogen auf die Streichung von Subventionen protestierten, stellte sich die AfD scheinbar auf die Seite der protestierenden Landwirte. Hier wäre es die Aufgabe der Linken gewesen, nicht nur die Ampel-Entscheidung zu kritisieren, sondern deutlichzumachen, dass die AfD in ihrem Programm ebenfalls für die Streichung aller Subventionen eintritt.

Wenn die AfD versucht, bei der arbeitenden Bevölkerung mit sozial-chauvinistischen Sprüchen Anklang zu finden, dann muss entlarvt werden, dass sie gleichzeitig die

sozialen Rechte und Sicherungssysteme der arbeitenden Menschen einschränken will, wenn sie politischen Einfluss bekommt.

Wenn sich die AfD als „Partei gegen die da oben“ präsentiert, dann müssen Linke deutlich machen, wie die AfD an die „Fleischtöpfe“ strebt, um ihre – im neofaschistischen Umfeld verankerten – Anhänger zu alimentieren oder – wie Herr Kraus – auf Kosten des Europäischen Parlaments eine neurechte Tagung in Brüssel zu organisieren.

Und wenn mancher gar glaubt, die AfD sei eine „Friedenspartei“, weil sie sich gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in der Ukraine und weitere Waffenlieferungen ausspricht, dann muss daran erinnert werden, dass die AfD bei allen Beschlüssen des Deutschen Bundestages zum 100 Mrd. Sondervermögen, zur Erhöhung des Rüstungshaushaltes und andere Grausamkeiten zugestimmt hat. Der einzige Unterschied zu den Regierungsparteien besteht darin, dass die AfD dieses Geld für eine Stärkung der Bundeswehr ausgeben möchte, damit die Armee „im deutschen Interesse“ in der Welt agieren kann.

9.

Zusammengefasst: Es besteht aktuell keine Faschismus-Gefahr in diesem Land. Es besteht aber eine politische Gefahr durch den Einflusszuwachs der AfD, bei dem die von ihr propagierten Inhalte der Politik und der Gesellschaft als Handlungsfolie von den Regierungsparteien (jeglicher Couleur) genutzt werden, um ihre eigenen reaktionären Vorstellungen umzusetzen. Diese quasi-Umsetzung extrem rechter Politik wird dabei teilweise sogar als „Verhinderungsstrategie“ des rechten Vormarsches legitimiert. Das erinnert fatal an die faktische Abschaffung des Asylrechtes nach den rassistischen Pogromen von Hoyerswerda, Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Solingen. Dem müssen demokratische und linke politische Kräfte innerhalb und außerhalb der Parlamente in breiten Bündnissen Widerstand entgegensetzen.

Stand 14.03.2024